

### **Zwei Seiten, die nicht zusammen passen.**

Die Energiewende besteht aus zwei Teilen, die getrennt betrachtet werden müssen. Der Ausstieg aus der Kernkraft ist zwar nicht sachlich aber politisch geboten. Kernkraft ist und war gegen den Willen der deutschen Bevölkerung nicht zu halten. Der zweite Teil der Energiewende, die Förderung der Wind- und Sonnenstromproduktion, einer nicht steuerbaren Energieform als Ersatz für eine steuerbare Energieproduktion ist nicht realisierbar.  $\frac{3}{4}$  der Zeit steht die Produktion still und  $\frac{1}{4}$  der Zeit gibt es fluktuierende Überschussproduktion, wer rechtfertigt das mit welchen Argumenten? Wie wird die Wind- und Sonnenstromproduktion begründet?

### **Energiepolitik, kommentiert von sachverständigen Dritten.**

Einerseits sagt der Präsident der Bundesnetzagentur, Homann, „ohne Versorgungssicherheit kann die Energiewende nicht gelingen“, andererseits ist eine wettbewerbsfähige versorgungssichere Stromversorgung mit Wind und Sonne nicht möglich. Mit Wind und Sonne kann rein rechnerisch nur in 25% der Zeit, ca. 2200 Stunden im Jahr Strom erzeugt werden. Die restliche Zeit, ca. 6600 Stunden im Jahr, gleich 75% der Zeit, scheint weder die Sonne noch weht ausreichend Wind, um Strom erzeugen zu können. Herr Minister Altmaier und Frau Puttrich (hessische Umweltministerin) haben mir dies unabhängig voneinander in Diskussionsrunden auf meinen Vorhalt hin bestätigt. Kein politischer Beschluss wird den durch die Natur bedingten Sachverhalt je ändern können.

Nicht aus ökonomischer Sicht, sondern aus physikalischer Sicht, sind praktikable Speichermöglichkeiten für die Versorgung mit Strom aus Wind und Sonne essentiell. Es gibt aber keine und es sind auch keine in Sicht. Z.B. „Power to Gas“, scheidet aus ökonomischen Gründen aus, weil das Verfahren bis zur Rückverwandlung in Strom ca. 65% Prozessverlust hat und Pumpspeicherwerke sind aus topographischen Gründen nicht möglich und arbeiten mit 25% Prozessverlust. Zu den Prozessverlusten kommen immer noch die Investitions- und Handlungskosten hinzu. Herr Homann sagt, „derzeit vorhandene (Speicher) Technologien haben nicht ansatzweise das Potenzial die Versorgung Deutschlands über einen längeren Zeitraum sicherzustellen“.

Was Ottmar Issing im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise in der FAZ am 29.12.2012 sagte, trifft auch auf die Energiepolitik zu: „Politische Gestaltungsmöglichkeiten stoßen jedoch an die Grenzen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten.“ Der zweite Teil der Energiewende hat nicht nur die Grenzen ökonomischer Gesetz- und Gestaltungsmöglichkeiten überschritten, sondern auch die Grenzen der von der Natur gesetzten technischen Möglichkeiten. Rot/Grün hat in Gang gesetzt, was von Anfang an nicht realisierbar war.

### **Was zu Viele nicht wissen**

Die von der Politik bestimmte, förderungsorientierte Vergütung für die Wind- und Sonnenstromproduzenten hat die deutsche Stromproduktion exorbitant verteuert. Dass um der Versorgungssicherheit willen, zusätzliche kostenverursachende konservative Kraftwerke Stand-by, CO<sub>2</sub>-ausstoßend und Primärenergie (Gas, Kohle oder Öl) verbrauchend, mitlaufen müssen, führt zu einer zusätzlichen Belastung der Preise. Hinzu kommt, durch die Stand-by-Zeiten verliert die konventionelle Stromerzeugung ihre Rentabilität und auch für notwendigerweise neu zu bauende konventionelle Kraftwerke werden zusätzliche Subventionen nötig. Herr Homann sagt, „die Rentabilitätslücke dürfte sich mit weiter steigendem Anteil erneuerbarer Energien tendenziell verschärfen“. Stephan Kohler, Vors. der deutschen Energieagentur, sagt im Hinblick auf die Planung für die Zukunft (21.1.13 FAZ) „....., zwar (werden) Erneuerbare 80% des Stroms liefern, aber nur 24% der gesicherten Leistung stellen“. Die Grünen haben im Januar 2013 in Weimar beschlossen, neben dem „Stromerzeugungsmarkt“ müsse ein „Kapazitätsmarkt“ eingerichtet werden, um den Stand-by-Anbietern eine Vergütung für deren Bereitstellung zu sichern. Auch das wird über die

EEG-Umlage den Verbrauchern belastet. Durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe im Stand-by-Modus ist die CO<sub>2</sub>-Einsparung bei der Wind- und Sonnenstromproduktion annähernd null. 2012 wurde den Ökostromerzeugern rund 20 Milliarden Euro ausgezahlt. Für die damit erworbene Strommenge wurden 2.9 Milliarden Euro Erlöst, Verlust für die deutsche Volkswirtschaft rund 17 Milliarden Euro.

Sollte im Laufe der Zeit eine praktikable Speichermöglichkeit erfunden werden, werden die vom Speichern verursachten Kosten an die Stelle der Stand-by-Kosten treten. Diese durch die Nichtsteuerbarkeit verursachten Zusatzkosten, die zwar unterschiedlich verursacht, aber sowohl ohne als auch mit Speicher anfallen, zeigen, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Wind/Sonnenstrom aus systemimmanenten Gründen auch für die Zukunft ausgeschlossen ist.

### **Das 25% Zeitfenster**

Mit jedem weiteren Ausbau der Wind- und Sonnenstromerzeugung wird völlig sinnlos die Stromproduktion im naturgegebenen 25%-Zeitfenster, aus dem es kein Entrinnen gibt, wissentlich weit über den zeitgleichen Strombedarf hinaus gesteigert, obwohl es für die Überproduktion keine Verkaufsmöglichkeit gibt, denn der europäische Marktpreis liegt bei weniger als 50% der deutschen Erzeugungskosten für Strom aus erneuerbaren Energien. Von Jahr zu Jahr müssen wir immer mehr des Überproduktionsanteils an Nachbarstaaten verschenken bzw. zu negativen Preisen veräußern. Damit subventionieren die Verbraucher in Deutschland den Strom bei unseren Nachbarn. Wer verantwortet die Folgen, wenn bald 35% des Stroms in 25% der Verbrauchszeit erzeugt werden sollen? Stephan Kohler sagt „wir bauen Überkapazitäten aus, was die Verschwendung von Ressourcen und Geld darstellt“. 2014 sollen in dichter Zeitfolge die Offshore-Windparks Sylwin 1, Borwin 2 und Helwin 1 und 2 ans Netz. Wie wird dann der altmaiersche Deckel auf der EEG-Umlage gehalten? Alle Verantwortlichen wissen, dass jeder weitere Ausbaus Schritt den Stromüberschuss in nicht bestimmbar Zeitabschnitten vergrößert und dieselben wundern sich dann, wenn durch den Überschuss der Strompreis an der Börse zu Lasten der EEG-Umlage gedrückt wird.

Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) schreibt am 7.3.2013:

„..... zwei Punkte sollten dabei nicht vergessen werden: Deutschland sorgt durch seine Energiewende und den starken Ausbau der erneuerbaren Energien an der europäischen Strombörse für sinkende Strompreise. Davon profitieren auch die Unternehmen im europäischen Ausland, wie zum Beispiel in Frankreich oder Polen. Die Kosten aber tragen die deutschen Verbraucher in der Industrie und den Haushalten. Im Jahr 2022 wird Deutschland rund ein Drittel des regenerativ erzeugten Stroms zu nicht kostendeckenden Preisen exportieren müssen. Umso mehr kann eine Schwächung der hiesigen Industrie bzw. eine schleichende Deindustrialisierung nicht im deutschen Interesse sein. Ein Blick in andere Länder, wie beispielsweise die USA zeigt, dass die Gas- und Strompreise dort um 60 bis 65 Prozent niedriger sind als in Deutschland. Wenn wir nicht aufpassen, finden neue Investitionen zukünftig in diesen Ländern statt“.

### **Strompreisprognose**

Bei einem prognostizierten Leipziger Börsenstrompreis von 51.- €/MWh und dem sich bei rund 53.-€ MWh EEG-Umlage daraus abzuleitenden Gesamtdurchschnittspreis von 10.4 Cent KWh führt allein die geplante Verschiebung der Proportion auf 35% erneuerbar - 65% konventionell bei der Annahme gleicher Preise zu einer Steigerung der EEG-Umlage auf 7,22 Cent, was gegenüber 5,3 Cent einer weiteren Steigerung um 36,2% entspricht. Eine weitere Folge der Proportionsverschiebung ist, immer mehr konventionelle Stromerzeugungskapazität muss im Stand-by-Modus betrieben werden. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Umlage noch stärker steigt. Mittlerweile (20.6.13) schwankt der Börsenpreis um 40 € MWh.

Fortlaufend müssen negative Folgen dieser politisch gesteuerten Stromproduktion politisch repariert werden, wobei die Reparaturen neben den gewünschten Folgen wiederum neue

negative Nebenwirkungen zeigen, die repariert werden müssen. So geht das immer weiter. Herr Homann sagt, der politische Spielraum reduziert sich zunehmend auf eine Aneinanderreihung ordnungspolitischer Notsünden“.

### **Weiter, tiefer in die Sackgasse**

Wegen der Fluktuation muss/soll in das Verbrauchsverhalten eingegriffen werden. Dies geschieht mit Hilfe von sogenannten „Intelligenten Netzen“. Prof. Andreas Löchel, ZEW Mannheim sagt, „Der Einsatz intelligenter Netze und Zähler ermöglicht die bessere Koordinierung von Erzeugung, Verbrauch, Netzbetrieb ..... Durch gezieltes Abschalten von Kunden (soll) eine Angleichung von Angebot und Verbrauch erzielt werden –Markt spiegelverkehrt-. Auch erwähnt er den „versteigerten Lastabwurf von Großverbrauchern,“. Das alles zusammen wird in die private Zeiteinteilung der Bürger massiv eingreifen und zu gravierenden Störungen in den Produktionsabläufen innerhalb der deutschen Wirtschaft führen, Stillstandszeiten beim einen führen zu Lieferengpässen beim anderen. Laut FAZ. Vom 6.12.2012 soll der Strom bei Versorgungsengpässen jeweils regional für 1 ½ Stunden für alle Verbraucher abgeschaltet werden können. Die FAZ beruft sich auf Informationen vom ENBW-Vorstand.

### **Wie geht`s weiter?**

Minister Altmaier will die EEG-Umlage deckeln und die Steigerung auf 2,5% begrenzen. Das verrät die Einsicht, dass es so nicht weitergehen kann. Aber da auf der anderen Seite die Zahlungen an die Erzeuger wegen gesetzlich geregelter Verpflichtungen nur für zukünftige Zubauten gedeckelt werden können und die größten Subventionsschlucker, die Photovoltaikanlagen, auch noch ausgeklammert bleiben sollen, ist dies keine Problemlösung, sondern nur eine Lastumverteilung. Stephan Kohler sagt, „nicht nachvollziehbar ist, dass Photovoltaikanlagen von den Kürzungen ausgenommen sein sollen“. Die Fuge zwischen den europäischen Strompreisen und den deutschen Strompreisen wird sich weiter ausweiten.

Unbestritten verursacht die Stromproduktion aus Wind und Sonne systembedingt Kosten, die ohne diese speziellen Produktionsmethoden nicht anfallen würden und die über den Herstellungskosten bei internationalen Wettbewerbern liegen. Die Differenzkosten sind für die deutsche Volkswirtschaft eine besondere und zusätzliche Last. Die Produktion von Strom aus Wind und Sonne ist nur möglich, wenn innerhalb unserer Volkswirtschaft irgendwer diese Last trägt. Bis jetzt ist sie politisch willkürlich auf die Verbraucher verteilt. Was wir jetzt mit der „Preisbremse“ erleben, ist eine aus strategischen Gründen politisch gewillkürte Änderung der Lastverteilung. Eine Lastminderung ist es nicht.

Hermann Gröhe schreibt mir am 26.2., mit der Strompreisbremse sollen „Verbraucher und Unternehmen“ entlastet werden. Die Kosten ..... sollen fair und gleichmäßig auf alle Schultern verteilt werden“.

Dieser schlimme, ordnungspolitischen Grundsätzen hohnsprechende Satz offenbart, dass die Politik das Problem nicht verstanden hat. So wird die Preisbremse zur Kostenumverteilung, bei der die volkswirtschaftliche Gesamtbelastung gleich bleibt, also nur eine Schmerzverlagerungstherapie. Was aber dringend gebraucht wird, ist die Entlastung der deutschen Volkswirtschaft von der durch das EEG entstandenen Wettbewerbsbehinderung. Unter anderem sollen von den umlagebefreiten Intensivverbrauchern einige Branchen zwecks Kostendämpfung bei anderen ihr Privileg verlieren. Genannt werden u.a. die Bahn und Mineralbrunnen. Einerseits kann dadurch der Strompreis für alle sinken, andererseits führt die Verteuerung des Stroms bei den Betroffenen zu Kalkulationsbelastungen und dadurch zu höheren Bahntarifen und höheren Mineralwasserverkaufspreisen. Gebraucht wird eine echte Entlastung der Volkswirtschaft und nicht das Verstecken der durch die Methode der Stromproduktion verursachten Differenzkosten in Mineralwasserpreisen und Bahntarifen.

Die Stromsteuer ist eine besonders krasse ordnungspolitische Fehlleistung. Eine Besteuerung des Stroms ist vergleichbar mit einer Getreide-, Obst- oder Kartoffelsteuer. Das Thema darf aber nicht mit der EEG-Problematik vermischt werden. Der Vorschlag von Herrn Sellering die Strompreissteigerungen für die privaten Haushalte durch eine niedrigere

Stromsteuer abzumildern, würde jedoch nur die Differenzkosten in den Bundeshaushalt verlagern, was nur eine Beruhigungsspielle wäre. Grundsätzlich, Ziel kann nicht eine Umverteilung der Finanzierung sein, es geht um die Erkenntnis, dass eine Produktionsmethode ohne Chance je marktfähig zu werden, eingestellt werden muss.

### **Auch chancenlose Vorschläge müssen auf den Tisch**

Wenn es darum geht, die Windkraft- und Photovoltaikinvestoren zur Strompreisdämpfung mit heranzuziehen, sehe ich nur in folgendem Sachverhalt eine Chance: Genau wie das Wasser gehören Sonne und Wind allen. Diese Ressourcen dürfen nicht nur von einer Minderheit, den Investoren in Windkraft- und Photovoltaikanlagen ausgebeutet werden. Es ist dringend geboten im weiteren Sinne analog zur Grundwasserabgabe oder

Grundwassernutzungsentgelt eine Sonne und Windumlage bzw. Abgabe einzuführen, die von den Windkraft- und Photovoltaikanlageninvestoren zu entrichten ist und in den Topf der EEG-Umlage fließen sollte. Diese Maßnahme ist zwar kein Werkzeug der Ordnungspolitik aber so lassen sich vorhersehbar die bisher kumulierten marktkonträren die Volkswirtschaft belastenden Entwicklungen teilweise wieder zurückdrängen.

Ein weiterer notwendiger Schritt auf dem Ausweg aus der selbstverschuldeten Sackgasse ist den Strom zu importieren, und zwar im erheblichen Umfang und langfristig die Erneuerbaren ersetzend. Wir importieren Kohle, Öl und Gas. Es gibt keinen Grund nicht auch Strom zu importieren, zumal die infrage kommenden Lieferanten politisch zuverlässiger sind, als z.B. bei Gas. Durch verstärkten Import von Strom würde auch ein weiteres Problem entschärft, und zwar die Überschreitung des EU-Grenzwertes für makroökonomische Ungleichgewichte, was unseren Exportüberschuss bei Grenzwertüberschreitungen mit Geldstrafen belegt.

### **Die Folgen, wenn Emotionen und Sachzwänge zur Symbiose reifen**

Folgende Nachrichten aus den letzten Wochen verdeutlichen den mittlerweile eingetretenen Vertrauensverlust der Wirtschaft: Der sächsische Ministerpräsident, Herr Tillisch nennt in der FAZ am 18.2. den Strompreis ein echtes Wettbewerbshindernis und verweist auf sächsische Unternehmen, deren Investitionsentscheidungen zugunsten Amerikas auf die Strompreisentwicklung zurückzuführen sind. „Die Welt“ schreibt „Fakt ist, dass sich die energieintensive Industrie bereits vom Standort zurückzieht und sich die Wettbewerbssituation gegenüber dem Ausland gravierend verschlechtert.“ Das Institut der deutschen Wirtschaft, IW, weist darauf hin, dass insbesondere in energieintensiven Unternehmen seit einigen Jahren die Abschreibungen größer sind als die Investitionen.

Welche Folgen es hat, wenn Regierungen die Wettbewerbsfähigkeit ihres Landes zerstören, bekommen wir z.Z. überdeutlich vorgeführt u.a. in Griechenland, Portugal, Italien usw. In Frankreich trifft die Regierung gerade die Maßnahmen, um Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit unter das italienische Niveau abzusenken. In jedem Land ist die Wurzel für die Misere eine andere aber das Gemeinsame, was alle Fälle verbindet, ist die Nichtbeachtung des ordnungspolitischen Rahmens für Regierungshandeln. In allen kranken Ländern hat der schleichende Prozess sehr lange, bei manchen Jahrzehnte gebraucht, bis die Volkswirtschaft so ruiniert war, dass der Lebensstandard des überwiegenden Teils der Bevölkerung rückläufig wurde. In Deutschland bemühen sich seit ca 12 Jahren unterschiedlich zusammengesetzte Regierungen um die Zerstörung der Wettbewerbsfähigkeit. Für jeden der sehen will, wird langsam schleichend immer deutlicher sichtbar, wie umfassend sich in einer Volkswirtschaft mit Hilfe eines einzigen Gesetzes, hier zur Energiepolitik, die Wettbewerbsfähigkeit unterminieren lässt.

Strom ist der wichtigste Rohstoff bzw. Produktionsmittel für faktisch fast alles, was es zu kaufen gibt. Die Politik trägt Verantwortung für eine unkomplizierte bedarfsgerechte Bereitstellung am Markt aber mit dem EEG stellt sie das auf den Kopf und organisiert die Unterwerfung der Wirtschaft und des privaten Lebens unter die Knute einer marktausschließenden irrelevanten Energiepolitik, die gleichzeitig die größte Geld- und damit Ressourcenverschwendung der Nachkriegszeit bedeutet.